

Südsudan: „ein komplexes Geflecht von diversen Landschaften, Lebenswelten, Wahrnehmungen und Zuschreibungen“ (Jan Pospisil 2021)

2011 zerbrach nach fünf Jahrzehnten bewaffneter Auseinandersetzungen der Sudan, der damals flächenmässig grösste Staat des Kontinents. 98,8% der Einwohner_innen des Südens hatten sich in einem Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen; so entstand ein Binnenstaat mit einer Fläche von knapp 650.000 km², dessen Bevölkerung zu zwei Drittel abhängig von humanitärer Hilfe war.

Im 19. Jahrhundert war der südliche Sudan von Ägypten kolonisiert worden; Seine Soldaten und Händler brachten Sklaven auf, die als Arbeitskräfte und für die Armee des Khediven verwendet wurden, und handelten mit Elfenbein. Die Sklavenjagd und der Einsatz verschiedenen Privatarmeen schufen in Verbindung mit lokalen Rivalitäten eine von ständiger Gewalt bedrohte Gesellschaft. Die Ausbildung und Aufrüstung bewaffneter Einheiten dienten nicht nur Kaufleuten und lokalen Kriegsherrn zur Sicherung von Einkommen und Macht, sondern auch den ägyptischen Kolonisatoren, dem kurzlebigen Staat des Mahdi und die Briten setzten nach dem Sieg über die *Mahdiyya* sudanesischen Einheiten nicht nur im Sudan, sondern auch zur Kontrolle Ugandas und in anderen Teilen Ostafrikas ein.

Zwischen 1899 und 1956 war der Sudan ein Kondominium Ägyptens und Grossbritanniens, in dem die Briten die Entscheidungen trafen und Ägypten für einen Grossteil der Kosten aufkommen musste. Während sich die Entwicklung des Sudan auf den Norden konzentrierte, beschränkte sich die britische Verwaltung in den drei südlichen Provinzen auf gewaltbetonte Disziplinierung der Bevölkerung. Sie schirmte ab den 1920er Jahren die Südprovinzen zunehmend ab, um zu verhindern, dass der arabische Nationalismus auf den Süden übergriff.

Das Erziehungswesen war bestimmt von der Überzeugung der Kolonialbeamten, der Süden bräuchte nur wenige gebildete „Schwarze“ und überliess diesen Sektor den christlichen Missionen. Auch wirtschaftlich blieb der Süden weit hinter dem Norden zurück. Der Grossteil der Südsudanesen lebte von Subsistenzwirtschaft im Landbau wie in der Viehzucht. Das Zusammenleben von Hirten und Bauern funktionierte schlecht. Es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen um Landnutzung und zu Überfällen, die den Raub von Vieh und Menschen zum Ziel hatten.

Mit ihrer *Southern Policy* verschärfte die Kolonialverwaltung die internen Gegensätze, nicht zuletzt durch die Betonung der Differenz Islam-Christentum. Nach der Unabhängigkeit des Sudans 1956 wurde der Süden eine „interne Kolonie“ Khartums und der Elite des Nordens. Während die Politiker des Nordens für einen zentralistischen „einigen Sudan“ eintraten, forderten die Vertreter des Südens die Einrichtung einer Föderation. Die Diskussion um das staatliche Modell hielt – zuletzt unter dem Siegel „*New Sudan*“ versus Sezession – bis zur Abstimmung von 2011 an.

Zivilregierungen wie Militärregimes in Khartum verfolgten zumeist eine Politik, die durch Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft, ein Verstärken regionaler Differenzen und Islamisierung gekennzeichnet war. Anfang der 1960er Jahre organisierte sich die Opposition im Exil und geführt von Offizieren der sudanesischen Armee, die nach der Rebellion von 1955 geflüchtet waren, bildete sich die bewaffnete Front unter dem Namen *Anya-nya*. Der erste Bürgerkrieg dauerte bis zum Abschluss des Friedensabkommens von Addis Abeba in 1972. Die drei Provinzen des Südens wurden zu einer Region zusammengefasst und erhielten eine eigene Regierung und ein Regionalparlament.

Mit der Entscheidung der Regierung Numeiri in 1983 die regionalen Strukturen des Abkommens von Addis Abeba ausser Kraft zu setzen, die *sharia* einzuführen und aufgrund der Erdölfunde den Süden straffer zu kontrollieren, löste sie einen neuen Bürgerkrieg aus. Numeiri wurde 1985 gestürzt, doch die Zivilregierung unter Sadiq al-

Mahdi führte seine Politik fort. In der Volksbefreiungsarmee (*Sudan People's Liberation Army*, SPLA) geführt von John Garang de Mabi und deren politischen Arm SPLM (*Sudan People's Liberation Movement*) hatte die Regierung in Khartum einen militärisch wie politisch starken Gegner, dessen Ziel vorerst keine Sezession, sondern eine grundlegende Veränderung des Sudan (*New Sudan*) war. 1989 beendete der Putsch von Ahmed al-Bashir das zivile Interregnum; die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme des Sudans konnte das neue Regime genauso wenig lösen wie die Regierungen zuvor.

Der revolutionäre Ethos, den Garang, Führer des südsudanischen Widerstands, seinem Vorgehen unterlegt hatte, wurde zunehmend durch nackte Gewalt verdrängt. Die Leidtragenden waren die Menschen im Land, deren Sicherheit und Versorgung zwar alle Beteiligten, von den UNO-Organisationen und den internationalen Erdölfirmen, über die lokalen Vermittler bis zu den Akteuren des Kampfes immer wieder ansprachen, für deren Schicksal aber niemand bereit war, die jeweils eigenen Interessen hintanzustellen. Neben der internationalen Organisationen und NGOs engagieren sich vor allem die USA, Grossbritannien und Norwegen. Dazu kam das Interesse westlicher und asiatischer Firmen an den Erdölvorkommen Sudans. Immer häufiger kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Gruppen der Opposition.

Im Jänner 2005 unterzeichneten Vertreter der Regierung in Khartum und des SPLM/A das *Comprehensive Peace Agreement* (CPA), das mehrere Dokumente aus Verhandlungen seit 2002 zusammenfasste. Nach einer sechsjährigen Übergangsperiode sollte sich die Bevölkerung des Südens für die Unabhängigkeit oder eine dauernde Föderation entscheiden.

John Garang kam bald darauf beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben. Ihm folgte sein Stellvertreter Salva Kiir. Das CPA brachte weder eine Abrüstung der bewaffneten Kräfte auf beiden Seiten, noch kam es zur Schaffung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Die südsudanesischen Machthaber nützten ihre Stellung im eigenen Interesse und förderten dafür regionale und ethnische Gegensätze. Weltbank wie westliche Geberstaaten honorierten die Unterzeichnung des Vertrags durch die Bereitstellung umfangreicher Entwicklungshilfe. Immer wieder brauchten Teile der Bevölkerung Nahrungsmittelhilfe.

2010 sicherten Wahlen den Regierungsparteien in Khartum und Juba deutliche Mehrheiten und den Präsidenten Beshir und Salva Kiir die Bestätigung im Amt. Das Referendum von 2011 besiegelte die Trennung von Nord und Süd und wurde von Khartum ohne Widerstand hingenommen. Drei wichtige Punkte des CPA waren nicht geregelt: die Aufteilung der Erträge aus dem Erdölgeschäft, die Grenzziehung (wobei es vor allem um die Region Abyei mit einem Grossteil der Erdölvorkommen ging), sowie die Übernahme eines Teils der Auslandsschulden von 38 Mrd. US-\$ durch den Südsudan. Weiters lebten rund 1,5 Mio. SüdsudanInnen im Norden, deren Zukunft keineswegs sicher war.

Der neue Staat hatte zwar ein Parlament mit zwei Kammern, die tatsächliche Macht lag jedoch beim Präsidenten. Die Finanzierung der massiv wachsenden Streitkräfte und Korruption verschlangen einen guten Teil des staatlichen Budgets. Die Regierung schaffte es trotz massiver Unterstützung von Gebern, die sich in grosser Breite von Weltbank bis China engagierten, nicht, Entwicklungsziele zu formulieren und umzusetzen. Infrastruktur, Gesundheit und Bildung lagen im Argen. Erträge aus dem Verkauf von Erdöl machten 98% des Staatseinkommens aus. Der Südsudan hatte zwar 75% der Ölfelder übernommen, war jedoch für den Export vom Sudan abhängig. Der Versuch einen höheren Anteil zu erpressen veranlassten Salva Kiir 2012/13 die Produktion völlig einzustellen, was beiden Staaten wirtschaftlich schwer schadete.

Als Vizepräsident Riek Machar seine Kandidatur für die Präsidentenwahlen 2015 ankündigte und ihn Präsident Kiir daraufhin entliess, kam es im Dezember 2013 zu

einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Nuer und Dinka in der Garde des Präsidenten. Innerhalb kurzer Zeit befanden sich grosse Teile des Landes wieder in einem Bürgerkrieg, zwischen SPLA und Riek Machars SPLA-IO (*in opposition*). Weder die 12.000 Friedenstruppen der *UN-Mission in South Sudan* (UNMISS), noch die Nachbarstaaten und IGAD, die zu vermitteln suchten konnten die Eskalation verhindern. Der neuerliche Bürgerkrieg dauerte bis 2018, aber das Abkommen, das Riek Machar als Vizepräsidenten in die Regierung zurück brachte, bedeutete keineswegs das Ende aller bewaffneten Auseinandersetzungen und Überfälle.

Ende 2022 lebten laut UNHCR mehr als 2,3 Mio. SüdsudanInnen als Flüchtlinge in Nachbarländern; 2 Millionen waren im Land selbst auf der Flucht. Kinder und Frauen sind am stärksten betroffen. Trotz der breiten internationalen Hilfe und Vermittlung gibt es weder eine gesicherte Versorgung noch Aussicht auf ein endgültiges Ende der Auseinandersetzungen.

2018 sagte der Generalsekretär der UNO bei einer Südsudan-Konferenz in Addis Abeba: *„It is clear to me and I am sorry to say so, but I have never seen a political elite with so little interest in the well-being of its people“*.